



MONATSBRIEF UNGARN

MITTWOCH, 1. FEBRUAR 2023

Jahreseröffnungssitzung des ungarischen Kabinetts

Am Mittwoch, den 11. Januar 2023, hielt die Regierung ihre erste Kabinettsitzung des neuen Jahres ab, nach der Gergely Gulyás, Minister im Amt des Ministerpräsidenten, und Alexandra Szentkirályi, Regierungssprecherin, in einer Pressekonferenz über die jüngsten Entscheidungen informierten. Laut dem zugehörigen Facebook-Post Viktor Orbáns seien „wir [...] in einer Ära der Gefahr eingetreten“. Nach der Epidemie müsste man sich mit dem Krieg und der darauffolgenden Wirtschafts- und Energiekrise befassen. Der Ministerpräsident bekräftigte, dass die Regierung jedoch auch in dieser Situation ihre großen Ziele nicht aufgeben werde. Man habe einen Haushalt zum Schutz der Umwelt verabschiedet, man werde die Familien schützen und eine Rezession in Europa vermeiden.

Die Höhepunkte des ersten Regierungsbriefings des Jahres fassen wir Ihnen im Folgenden zusammen: Ministerpräsident Gergely Gulyás erklärte umfänglich die klare Position der Regierung zum Erasmus-Programm der EU. Mehr hierzu lesen Sie im folgenden Themenbeitrag.

Des Weiteren habe die Regierung den Haushalt überprüft und beschlossen, ihn nächste Woche dem Parlament vorzulegen. Dieses könnte ihn nach den Debatten im Monat Februar im März annehmen. Für das vergangene Jahr 2022 wurde ein Wachstum von rund 4,5 Prozent prognostiziert. Trotz Inflation seien die Reallöhne in den ersten zehn Monaten um 4,3 Prozent gestiegen. Der Haushalt 2023 sehe ein Wachstum von 1,5 Prozent vor, so dass die Chance bestehe, eine Rezession zu vermeiden.

Ebenso erklärte man, Ungarn ziehe sich wegen der hohen Kosten von der Ausrichtung der Handball-Europameisterschaft der Frauen 2024 zurück, die planmäßig in Ungarn, Österreich und der Schweiz stattfinden soll. Die Gehälter für das Gesundheitspersonal werden laut Ankündigung um 40 Prozent steigen. Dies geschehe in zwei Schritten, am 1. Juli, sodann am 1. März. Die Regierung hat weiterhin die Idee verworfen, Privatärzte in die staatliche Versorgung zu zwingen. Der Verordnungsentwurf müsse überarbeitet werden.

Streit und Kompromiss mit der EU über die Erasmus+-Fördermittel für Ungarn

Die Teilnahme ungarischer Universitäten an Erasmus+ und Horizon sei vorerst gesichert. Die ungarische Regierung sei bereit, die Regeln für die Organe der Stiftungshochschulen zu ändern, um den Bedenken der EU Rechnung zu tragen, so Tibor Navracsics, der ungarische Minister für Regionalentwicklung und EU-Mittel, am 26. Januar 2023 in Brüssel. Entsprechende „nicht allzu komplizierte“ Gesetzesänderungen in zwei Fällen seien aus dem Parlament im März zu erwarten.

Hintergrund für Navracsics' Besuch in Brüssel waren Meldungen, wonach die EU-Kommission die Mittel für die Teilnahme der ungarischen Stiftungshochschulen an den Erasmus+- und Horizon-Programmen nicht freizugeben gedenke, da diese angeblich vom Beschluss des EU-Ministerrats am 15. Dezember miterfasst seien. Aktuell sind in Ungarn über 30 Einrichtungen als öffentlich-rechtliche Stiftungen organisiert, darunter 21 Universitäten mit über 180 Tausend Studenten. Kritiker bemängeln, dass in den Aufsichtsorganen dieser Stiftungen aktive Politiker vertreten sind.

Navracsics erklärte, dass die Regeln für diese Aufsichtsorgane geändert werden sollten, um einen Kompromiss mit der EU zu erreichen. Hierzu befindet man sich in enger Abstimmung mit den EU-Kommissaren für Haushalt, Johannes Hahn, und für Forschung, Mariya Gabriel. Entsprechende Gesetzesänderungen, die die Unvereinbarkeit von Positionen in Aufsichtsorganen dieser Stiftungen mit Mandaten in der aktiven Politik regeln würden, könne das ungarische Parlament bereits im Frühjahr auf den Weg bringen.

Im Vorfeld der genannten Verhandlungen hatte bereits Finanzminister Mihály Varga bekannt gegeben, dass der ungarische Staat die weitere Teilnahme an den Erasmus+- und Horizon-Programmen aus eigenen Mitteln sichern würde, falls die Verhandlungen mit der EU scheitern sollten. Varga verwies ebenfalls auf die Tatsache, dass auch in anderen Mitgliedsstaaten aktive Politiker in Hochschul-Aufsichtsratsorganen vertreten seien, so auch in Deutschland.

Der Minister im Ministerpräsidentenamt, Gergely Gulyás, kritisierte das Handeln der EU scharf. Das Vorgehen der EU sei inakzeptabel und untragbar, wobei er aber auch gleichzeitig die Offenheit der Regierung für Änderungen betonte und Vargas Finanzierungszusagen wiederholte. Man bemühe sich um eine friedliche Lösung, aber sollten die Verhandlungen scheitern, werde die Regierung den Gerichtshof der Europäischen Union anrufen. Die diesjährigen Erasmus-Kosten seien in keinem Fall gefährdet, da sie bereits Ende letzten Jahres vereinbart wurden.

Erneute Klage der EU-Kommission gegen Ungarn

Die Europäische Kommission verklagt Ungarn wegen marktverzerrender Maßnahmen auf dem Baustoffmarkt, wie aus einer am 26. Januar veröffentlichten Pressemitteilung hervorgeht. Ein zuvor angeregtes Vertragsverletzungsverfahren in diesem Fall war gescheitert. Die Entscheidung bezog sich auf den Versuch der ungarischen Regierung, den brutalen Preisanstieg bei Baumaterialien im Juli 2021 durch ein Ausfuhrverbot und eine zusätzliche Gewinnsteuer zu stoppen. Die Kommission befand, dass das Verbot den freien Warenverkehr einschränke.

In der Begründung heißt es: „Insbesondere weist Ungarn nicht zur Zufriedenheit der Kommission nach, dass mit der Maßnahme ein legitimes Ziel verfolgt wird. Darüber hinaus enthalten die ungarischen Maßnahmen keine objektiven und vorab festgelegten Kriterien, anhand derer festgestellt werden kann, ob Ausfuhren verhindert werden können. Daher können die ungarischen Behörden frei entscheiden, wann eine Gefahr für die Versorgungssicherheit im Bausektor besteht, was ihre Entscheidung willkürlich erscheinen lässt. Die Maßnahmen können daher nicht als durch das verfolgte Ziel des öffentlichen Interesses gerechtfertigt angesehen werden.“

Nach Ansicht der Kommission beeinträchtigten die ungarischen Maßnahmen für Baumaterialien nicht nur den Handel innerhalb der EU, sondern auch den Handel mit Drittländern, was gegen mehrere Artikel des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union verstoße.

Péter Márki-Zay gründet neue Oppositionspartei

Anfang Januar wurde der offizielle Name der neuen Oppositionspartei des ehemaligen Spitzenkandidaten der vereinten Opposition und Bürgermeisters Péter Márki-Zay bekanntgegeben. Die Partei soll unter dem Namen Mindenki Magyarországa Néppárt (MMN), zu Deutsch in etwa „Jedermanns Ungarn-Volkspartei“, registriert werden. Damit wird aus der Bewegung (Mindenki Magyarországa Mozgalom – MMM) eine Partei.

Eine Rückschau: Im Jahr 2018 gründete Márki-Zay die Bewegung für Jedermanns Ungarn, um bei den Kommunalwahlen 2019 für Bürgermeister und Abgeordnete zu kandidieren. Der Rechtsanwalt György Magyar, der ehemalige Fidesz-Politiker, später LMP-Vorsitzende und nun unabhängige Parlamentsabgeordnete Ákos Hadházy, der Wirtschaftswissenschaftler Tamás Mellár, der ehemalige Präsident der Ungarischen Nationalbank Ákos Bod Péter und der ehemalige Ombudsmann für Minderheiten, Jenő Kaltenbach beteiligten sich damals ebenfalls an der Gründung. Die Gründer erklärten damals, dass die MMM keine Partei sei und auch nicht beabsichtige, eine zu werden. Nun soll aus der Bewegung dennoch eine Volkspartei werden.

Das Registrierungsverfahren kann im Normalfall bis zu 60 Tage dauern, aber das Gericht, das die Partei registriert, könnte immer noch einen Mängelbericht anordnen. Um eine Partei zu gründen, sind mindestens zehn Personen erforderlich. Márki-Zay lehnte es bisher jedoch ab, etwas über die Gründer zu verraten. Als Ziel der neuen Partei nimmt Márki-Zay die Wahlen zum Europäischen Parlament und die ungarischen Kommunalwahlen 2024 ins Visier. Er äußerte ebenfalls, dass man gerne enger mit der Europäischen Volkspartei (EVP) zusammenarbeiten würde. Die Schattenregierung Ferenc Gyurcsánys und der DK halte er für eine leere Ersatzbeschäftigung. Seiner Ansicht nach sei heute wieder ein Runder Tisch der Opposition erforderlich.

Treffen der serbischen und ungarischen Außenminister in Budapest: Ungarn gegen Mitgliedschaft des Kosovo im Europarat

Der serbische Außenminister Ivica Dačić besuchte am Dienstag, dem 10. Januar, auf Einladung von Außen- und Handelsminister Péter Szijjártó Ungarn. In Budapest wurde er zudem von Viktor Orbán im ehemaligen Karmeliterkloster empfangen, woraufhin Szijjártó und Dačić eine gemeinsame Pressekonferenz abhielten.

Auf die Frage eines Journalisten zum serbisch-kosovarischen Konflikt antwortete Szijjártó, dass Ungarn an einer friedlichen Lösung und einem Kompromiss durch Dialog interessiert sei, weshalb es zuvor das Kommando über die NATO-Friedensmission im Kosovo (KFOR) übernommen habe. Er fügte hinzu, dass seiner Meinung nach der Erfolg einer Kompromisslösung gefährdet werden könnte, wenn verschiedene europäische Organisationen

den Kosovo vorzeitig aufnehmen würden, und dass die ungarische Regierung demnach gegen die Aufnahme des Kosovo in den Europarat stimmen werde.

In der Frage der Energiesicherheit gab er darüber hinaus bekannt, da die Turkish Stream die einzige Gaspipeline auf dem Kontinent sei, die derzeit zu 100 Prozent in Ost-West-Richtung ausgelastet sei, dass die „Garantie für die Energiesicherheit Ungarns“ nun in Serbien liege. Er betonte, dass im vergangenen Jahr 4,8 Milliarden Kubikmeter Erdgas über Serbien nach Ungarn gelangt seien, was fast der Hälfte des gesamten Inlandsverbrauchs entspricht. Der Handel zwischen den beiden Ländern habe im vergangenen Jahr ein Rekordhoch erreicht und sei um 75 Prozent gestiegen. Er erklärte, Ungarn sei bereit, neue Investitionen in die Infrastruktur zu tätigen, um die Sicherheit der Rohölversorgung Serbiens zu gewährleisten, und fügte hinzu, dass die Parteien die Kapazität des Stromverbunds zwischen den beiden Ländern in den nächsten fünf Jahren verdoppeln würden.

Orbán stellt Strategie für das kommende Jahrzehnt vor

Der ungarische Ministerpräsident hat seine Strategie für das kommende Jahrzehnt im engen Kreis vorgestellt - Balázs Orbán, der politische Direktor des Regierungschefs, hat sie schriftlich aufgezeichnet. Ministerpräsident Viktor Orbán hat vor den Festtagen die Herausforderungen, wie auch die Chancen und Möglichkeiten des bevorstehenden Jahrzehnts in einem umfassenden Vortrag beim Weihnachtsessen der Széll-Kálmán-Stiftung erläutert. Die wichtigsten Aussagen der im engen Kreis gehaltenen Rede finden Sie in deutscher Übersetzung auf unserer Homepage: [Nein zum Auseinanderdividieren, ja zum Netzwerken – das ist die Strategie von Orbán für das kommende Jahrzehnt!](#)

Politischer Jahrauftakt in Ungarn – Rede zur Lage der Nation erwartet

Wie in der ungarischen Politik üblich, beginnen auch dieses Jahr die Sitzungen des Parlaments erst wieder nach einer langen Winterpause am 20. Februar 2023. Die Zeit bis dahin wird trotzdem rege genutzt: Im Januar und Februar halten die Fraktionen des Parlaments ihre Klausurtagungen ab. Die Fraktionen bereiten sich hierbei abseits des Alltagsbetriebs in Budapest, in ruhiger Arbeitsatmosphäre auf dem Land auf die Herausforderungen des künftigen Jahres vor und legen sich ihre Agenda zurecht.

Mit Spannung erwartet wird die alljährliche „Rede zur Lage der Nation“ von Ministerpräsident Viktor Orbán, die dieses Jahr am 18. Februar stattfinden wird. In dieser Rede gibt der Ministerpräsident üblicherweise seine Einschätzung der aktuellen Lage bekannt und schildert die Eckpunkte der künftigen Regierungspolitik. Es bleibt also spannend in der ungarischen Politik!

Vermögensberichte der politischen Entscheidungsträger veröffentlicht

In Ungarn müssen bis zum 31. Januar eines jeden Jahres aktive politische Entscheidungsträger (so etwa Staatspräsidentin, Regierungsmitglieder, Staatssekretäre, Parlamentsabgeordnete, Bürgermeister und selbst kommunale Mandatsträger) eine detaillierte Auskunft über ihre Vermögen, Einkommen und Verbindlichkeiten geben. Diese Auskünfte

werden offen für jedermann einsehbar im Internet veröffentlicht. Diese auch im internationalen Vergleich einmalige Durchleuchtung erfolgt aus Gründen der Transparenz und zur Korruptionsbekämpfung.

Diese Vermögensberichte geben natürlich auch der Presse genügend Gesprächsstoff. So wird jedes Jahr besonders kritisch kontrolliert, ob führende Entscheidungsträger größere Änderungen Ihres Vermögens zu berichten haben. Da die Berichte aber sehr detailliert sind, finden sich auch zahlreiche Kuriositäten in ihnen. Man kann sogar nachlesen, dass der Regierungsbeauftragte Szilárd Németh seine private Altersvorsorge um 6000 Forint pro Quartal erhöht hat, oder dass Innenminister Sándor Pintér als Fahrzeug bis heute einen Wartburg anmeldet.

Vodafone Übernahme: Vodafone beendet Geschäft in Ungarn

Die Übernahme der ungarischen Vodafone könnte innerhalb weniger Tage abgeschlossen werden. Die Regierung beschloss am Wochenende eine umfangreiche Finanzspritze. Laut dem Deal, der seit letztem Jahr bekannt ist, kaufen 4iG, ebenfalls ein Gigant auf dem Telekommunikationsmarkt, 51 Prozent der ungarischen Vodafone und der ungarische Staat 49 Prozent. Die Regierung hat der staatlichen Ungarischen Entwicklungsbank (MFB) einen umfangreichen Kreditrahmen in Höhe von 425 Mio. EUR (fast 170 Mrd. HUF) bewilligt, wobei 80 Prozent des Kapitalbedarfs vom Staat garantiert werden. Die MFB kann damit den Kredit für den Erwerb der 51 Prozent der Anteile von Vodafone Ungarn durch Antenna Hungária, eine Tochtergesellschaft von 4iG, bereitstellen. Es dürfte sich mit Sicherheit um eine der größten Transaktionen des Jahres handeln, die den ungarischen Telekommunikationsmarkt grundlegend umgestalten könnte. Die Kunden werden abgesehen vom Namenswechsel des Anbieters von dem Eigentümerwechsel nicht betroffen sein, sodass sie nichts zu tun haben. „Die Vodafone-Dienste werden weiterhin sowohl für Privat- als auch für Geschäftskunden zur Verfügung stehen“, so 4iG.

Ungarn trauert um ermordeten Polizisten

Mit großer Bestürzung nahm die Nation zur Kenntnis, dass Polizeiobermeister Péter Baumann am 12. Januar 2023 bei einem spätabendlichen Einsatz von einem psychisch kranken Mann in Budapest niedergestochen wurde. Baumann verstarb aufgrund seiner Verletzungen am nächsten Tag. Der Täter verletzte in seinem Amoklauf noch zwei weitere Polizisten, der Polizei gelang aber seine Festnahme.

Polizistenmorde sind in Ungarn selten. In den letzten 20 Jahren ist Baumann der nun achte Beamte, der im Einsatz ermordet wurde, was die Bestürzung über seinen Tod umso größer werden ließ. Er wurde am 26. Januar in seinem Heimatort von einer großen Trauergemeinde unter Anwesenheit von Innenminister Pintér mit vollen Ehren verabschiedet. Posthum wurde er zum Polizeikommissar befördert. In der Öffentlichkeit fand auch eine Debatte um die Wiedereinführung der Todesstrafe in solchen Fällen statt.

Aktuelle Umfragewerte: Parteipräferenzen, Europawahl, EU-Mitgliedschaft

Im Januar veröffentlichten einige Meinungsforschungsinstitute ihre aktuellen Umfragedaten zu verschiedenen politischen Themen in Ungarn. So glauben laut einer aktuellen Umfrage des Publicus-Instituts 68 Prozent der Ungarn, dass die EU-Mitgliedschaft für das Land insgesamt vorteilhafter ist. Das ist mehr als im Juni 2015 (57 %), aber viel weniger als im Dezember 2020 (74 %) oder März 2022 (85 %). Bei einem Referendum an diesem Sonntag würden 66 Prozent für den Beitritt stimmen. Der Anteil derer, die der Meinung sind, dass die ungarische Regierung die europäische Einheit untergrabe, sank von 67 Prozent im vergangenen März auf 50 Prozent. Auch der Anteil derjenigen, die glauben, dass Viktor Orbán Ungarn aus der EU führen wolle, ist von 48 Prozent im März auf 30 Prozent gesunken.

Eine Umfrage des Nezőpont-Instituts 500 Tage vor den Wahlen zum Europäischen Parlament und den Kommunalwahlen 2024 ergab, wenn die Wahlen zum Europäischen Parlament an diesem Sonntag stattfinden würden, so würde die Regierungspartei 56 Prozent der Stimmen erhalten und könnte bis zu drei Viertel der zu vergebenden Sitze gewinnen, da mehrere Oppositionsparteien die Fünf-Prozent-Hürde nicht erreichen dürften. Dies würde bedeuten, dass von den 21 Sitzen, die vergeben werden könnten, drei Sitze auf die DK und jeweils ein Sitz auf Momentum und Mi Hazánk entfallen würden.

Einer Sonntagsfrage von Medián zufolge liegt Fidesz weiterhin bei 50 Prozent, die DK ist größte Oppositionspartei. Die Unterstützung für die Regierungsparteien nehme stetig ab, was jedoch eher darauf zurückzuführen sei, dass die Wähler entmutigt seien, als dass sie der Partei endgültig den Rücken kehren würden. Gleichzeitig nehme die Unterstützung der Oppositionsparteien nicht zu. Die 16 Prozentpunkte, die Fidesz im letzten Dreivierteljahr verlor, wanderten direkt in die Kategorie der Nichtwähler. Inzwischen würden es dreißig Prozent der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter vorziehen, keine der aufgeführten Parteien zu wählen, so Medián.

Neuigkeiten vom Deutsch-Ungarischen Institut

Praktikumsausschreibung

Das Deutsch-Ungarische Institut vergibt fortlaufend **neue Praktikumsstellen** an interessierte **Studenten aus dem deutschsprachigen Raum**. An unserem Institut bieten wir den Praktikanten eine Auslandserfahrung in einem dynamischen Team mit fachbezogenen und verantwortungsvollen Aufgaben, individueller Betreuung und voller ERASMUS+-Kompatibilität in den **Bereichen Forschung, Veranstaltungsmanagement, Kommunikation und Begabtenförderung**. Interessiert? Den Link zu unserer Ausschreibung finden Sie [hier](#).

Vergangene Veranstaltungen

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „**Deutschland und Ungarn im Gespräch**“, die vom Deutsch-Ungarischen Institut für Europäische Zusammenarbeit am Mathias Corvinus Collegium und von der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland e.V. gemeinsam organisiert wurde, hielt der ungarndeutsche Abgeordnete **Imre RITTER** einen **Online-Vortrag** zum Thema „**Nationalitäten in Ungarn**“. Die Veranstaltung fand am **16. Januar auf Zoom** statt. Den Veranstaltungsbericht können Sie [hier](#) abrufen.

Die erste Veranstaltung unseres Instituts im neuen Jahr **in Deutschland** fand am **23. Januar 2023 in Düsseldorf** statt. Gemeinsam mit der **Deutsch-Ungarischen Gesellschaft** sowie dem **Ungarischen Generalkonsulat** stellten wir das Buch „**Der ungarische Staat – Ein interdisziplinärer Überblick**“ erneut feierlich vor. Nach dem Grußwort von **Bence BAUER**, dem Direktor des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit, schilderten auch **Gergely SZILÁGYI**, Generalkonsul Ungarns in Düsseldorf und **Prof. Dr. Siegfried FRANKE** ihre Perspektiven auf Ungarn und seine Zusammenarbeit mit Nordrhein-Westfalen. Das Fazit zogen **Dr. Zoltán SZALAI**, Generaldirektor des MCC, sowie **Dr. Gerhard PAPKE**, Vorsitzender der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft. Einen detaillierten Veranstaltungsbericht finden Sie [hier](#).

Welche Rolle spielen die Medien bei der europäischen Integration? Reden wir in Europa noch miteinander, oder nur übereinander? Diese und andere Fragen rund um die Medien in Europa diskutierten **Frank LÜBBERDING**, langjähriger Politikjournalist, und **Boris KÁLNOKY**, Leiter der Medienakademie am MCC, miteinander. Die Veranstaltung fand am **31. Januar 2023 in Budapest im Café Scruton des MCC** statt. Vor den ca. 80 Anwesenden hielt Lübberding zunächst einen Vortrag zum Thema „**Der europäische Medienraum im Wandel**“. Im weiteren Verlauf erörterten Boris Kálnoky und er dies gemeinsam in einer Podiumsdiskussion. Einen detaillierten Veranstaltungsbericht sowie einen Podcast zum Thema veröffentlichen wir in Kürze.

Bevorstehende Veranstaltungen

The poster features a dark blue background with a faint map of Europe. At the top, the logos for the 'DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT' and 'MCC MATHIAS CORVINUS COLLEGIUM' are displayed. The title 'EIN EUROPÄISCHES GEWISSEN' is written in large, bold, yellow letters. Below the title, a white box contains the text 'BUCHPRÄSENTATION UND GESPRÄCH'. Three circular portraits of the speakers are arranged horizontally: Michael Gehler, Hans-Gert Pöttering, and Marcus Gonschor. Below each portrait is the speaker's name and a short biographical note.

15. FEBRUAR 2023 (MITTWOCH), 17.00 UHR

MCC – HUNYADI MÁTYÁS-SAAL
(1113 BUDAPEST, TAS VEZÉR UTCA, 3-7.)

„Wir sind zu unserem Glück vereint.“ So lautet **Prof. Dr. Hans-Gert PÖTTERINGS** Fazit eines langen politischen Lebens für Europa. Auf Einladung des Deutsch-Ungarischen Instituts für Europäische Zusammenarbeit stellt der 12. Präsident des Europäischen Parlamentes die Biografie über sein Leben „**Ein europäisches Gewissen**“ am **15. Februar 2023 um 17:00 Uhr im Hunyadi Mátyás-Saal am MCC** gemeinsam im Gespräch mit den beiden Autoren und Historikern **Prof. Dr. Michael GEHLER** und **Dr. Marcus GONSHOR** in Budapest vor. Den detaillierten Veranstaltungshinweis mit Programm finden Sie [hier](#).

Veröffentlichungen

„**Kompromiss lässt hoffen**“, schreibt Institutsdirektor **Bence BAUER** im Nachgang der politischen Einigung um den EU-Wiederaufbaufonds, die Kohäsionsmittel, die globale Mindestbesteuerung und die Ukraine-Hilfe in der **Budapester Zeitung**. Er analysiert hierbei die Auswirkung dieser Entscheidungen auf die deutsch-ungarischen Beziehungen und attestiert eine pragmatische Politik der deutschen Ampelregierung. Ungarn wurde auf der europäischen Bühne als verlässlicher Akteur wahrgenommen. Dieser Hintergrund dürfte als hoffnungsvolles Zeichen interpretiert werden, dass sich die deutsch-ungarischen Beziehungen im Jahr 2023 besser entwickeln als gedacht. Die Analyse in voller Länge finden Sie [hier](#).

Besuchstipp

Die kleine Gemeinde Ópusztaszer in der Nähe von Szeged hat trotz ihrer Größe doch einiges zu bieten: Hier befindet sich der Park des nationalen Erbes, ein Freilichtmuseum. Wichtigstes Ausstellungsstück ist das Feszty-Panorama, ein monumentales Rundgemälde, welches die Landnahme der Ungarn zeigt und für die Millenniums-Feierlichkeiten 1896 angefertigt wurde. Daneben beherbergt der Park auch weitere Ausstellungen, die die archäologische und ethnographische Geschichte Ungarns aufzeigen. Das Feszty-Panorama ist in einer großen Rotunde untergebracht, in der auch 34 weitere Rundgemälde aus dem 19. Jahrhundert, eine lebensgroße Straßenszene Budapests sowie der Nachbau einer Klosteranlage zu finden sind. Auf dem weitreichenden Gelände findet man Ausstellungen zur Ethnografie und Geografie des Landes; zudem dient es als Ort für Musik- und Kulturveranstaltungen aller Art. Ein Besuch lohnt sich!



Ein Blick auf das Freilichtmuseum und den Ruinengarten von Ópusztaszer (Quelle: Wikipedia Deutschland)

Der **Monatsbrief Ungarn** wird auch in der Folge immer am ersten Mittwoch des Monats in Ihrem E-Mail-Fach zu finden sein.

Impressum: Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer

Zuständiger Mitarbeiter: Martin Josef Böhm, Alexander Rasthofer, Richard Schenk

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu